

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 17

Gründl. Sonntag.  
Bezugspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug.  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 27. April 1924

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breiten. 89 IV.  
Fernruf: Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

## Auch Du mußt wählen! — Wahlrecht ist Wahlpflicht!

In wenigen Tagen steht die deutsche Arbeiterschaft vor einer schweren Entscheidung. Noch nie hatte eine Reichstagswahl die große und über die Landesgrenzen hinausgehende folgenreiche Bedeutung wie die Wahl am 4. Mai. Die jetzigen Wahlen beeinflussen mehr als je nicht nur die Zusammensetzung des Reichstages selbst, sondern, was heute ungleich wichtiger ist, auch die Zusammensetzung der künftigen Regierung und die Haltung der Regierungsmänner in den jetzt zur Behandlung stehenden Fragen der Innen- und Außenpolitik.

Jeder einzelne, der am 4. Mai seine Stimme abgibt — und auch der Nichtwähler —, nimmt dabei Anteil an dieser Zusammensetzung, er übernimmt damit zugleich einen Teil der Verantwortung über alle die Handlungen, die in der kommenden Zeit „im Namen des Volkes“ getätigt werden. Diese Verantwortung muß jeder einzelne aktiv übernehmen durch Abgabe seines Stimmzettels. Wer passiv bleibt und nicht wählt, ist damit seiner Verantwortung nicht enthoben. Er stützt durch sein Nichtwählen nur die Feinde der Arbeiterschaft und hilft mit, deren Einfluß zu steigern.

Unser, der Arbeiterschaft, Elend kann nur gemildert werden, wenn sich das deutsche Volk am 4. Mai in seiner überwiegenden Mehrheit auf den Grundsatz der

### Völkerverjöhnung und Völkerverständigung

zusammenfindet. Nur dies allein vermag den Druck etwas zu lockern, der durch die ehemaligen Feindbundstaaten auf uns gelegt ist. Der friedliche Wettstreit der Völker auf wirtschaftlichem Gebiet muß den Wettlauf der militärischen Rüstungen ablösen. Nie wieder Krieg! Das darf nicht nur eine schöne Parole bleiben, das muß umzusetzen versucht werden in die Tat von jedem einzelnen durch die Abgabe seines Stimmzettels am Wahltag.

Nicht minder wichtig sind die zu lösenden Aufgaben innerpolitischer Natur. Der ganze große Komplex der gesamten Arbeiterfrage bedarf dringend der Regelung in modernem Geiste. Und damit gewinnt die Reichstagswahl am 4. Mai eine besondere Bedeutung für jeden Gewerkschafter. Aus der Halbheit der letzten Jahre müssen wir heraus und ganze, vollwertige Arbeit leisten.

Unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen jeder Art müssen durch gesetzgeberische Maßnahmen vor allen Zugriffen geschützt und gesichert werden.

Das aber kann nur geschehen, wenn der kommende Reichstag eine Zusammensetzung zeigt, die in arbeiterfreundlichem Sinne zu arbeiten geneigt ist. Die gesetzliche Sicherung der Arbeiterrechte innerhalb und außerhalb der Betriebe ist das erste Erfordernis für ein erfolgsversprechendes Arbeiten unserer Gewerkschaften. Diese Sicherung der Arbeiterrechte muß durch Gesetze geschehen, deren Inhalt bestimmt wird von den am 4. Mai zu wählenden Abgeordneten. Wer also für diese gesetzliche Sicherung seiner Rechte als Arbeiter wirken will, der kann nur einer Partei seine Stimme geben, von der feststeht, daß auch sie ihren ganzen Einfluß für diese Sicherung anbietet.

Ueber die Wirksamkeit und die Einhaltung der Arbeiterrechte innerhalb der Betriebe besonders zu wachen sind unsere Betriebsräte berufen. Deren Arbeiten aber hängt völlig in der Luft, wenn nicht durch

gesetzgeberische Aktionen auch sie selbst den notwendigen Schutz finden gegenüber den entgegengesetzten Bestrebungen der Betriebsinhaber. Wenn darum im kommenden Reichstag der Einfluß der Arbeitnehmervertreter zurückgedrängt würde, dann würde es mit dem segensreichen Arbeiten der Betriebsräte bald vorbei sein. Die Reaktionen würden triumphieren und die gesetzlichen Betriebsvertretungen zur weißen Salbe degradiert, die niemandem nützt und niemandem schadet. Auch die Ueberwachung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung gründet sich auf eine ziffernmäßig große und willensstarke Arbeitervertretung im kommenden Reichstag. Nicht anders ist es mit dem Ausbau der Sozialpolitik, deren absoluter Stillstand in den letzten Jahren einem kaum noch zu überbietenden Rückschritt gleichkommt.

Der Einfluß der Regierung auf die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft ist in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen. Das direkte Eingreifen der Regierung in die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft hat in Hunderten von Fällen ein Vorwärtskommen der Arbeiter unmöglich gemacht. Die Schlichtungsinstanzen haben oft genug durch Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen Lohnkämpfe direkt verhindert, da sie einseitig den Parteien ihren Willen aufzwingen können. Sie haben ein verordnungsmäßiges Recht dazu, doch bei der Ausübung dieses Rechts sind sie abhängig von der Regierung, die nur im Sinne der Parlamentsmehrheit handelt. So ist auch nach dieser Richtung hin notwendig, daß jeder einzelne Arbeiter seinen Stimmzettel am 4. Mai benutzt, um seinen Einfluß auf die Zusammensetzung des neuen Reichstages auszuüben, dessen Spiegelbild die neue Regierung sein wird, die ihrerseits dann wieder zum guten Teile richtunggebend ist für die Lohnpolitik der kommenden Zeit.

### Heute vertritt sie ungehemmt den krafttesten Unternehmerstandpunkt.

Mehrarbeit, längere Arbeit, niedrige Löhne sind die Anweisungen, die die nachgeordneten Schlichtungsstellen von ihr erhalten.

Kollegen, Kolleginnen, wollt Ihr, daß es so bleibt? Oder wollt Ihr, daß Eure Interessen im kommenden Reichstag besser vertreten werden sollen als seither?

### In Eurer Hand liegt jetzt die Entscheidung.

Der Ausfall Eurer Wahl am 4. Mai zeitigt das Resultat, das Ihr haben wollt! Der Einfluß der millionenstarken Gewerkschaften und deren wahlberechtigten Angehörigen ist groß genug, um die Zusammensetzung des Reichstages als auch der kommenden Regierung im arbeiterfreundlichen Sinne zu gestalten. Mehr als 2 Duzend Parteien bemühen sich jetzt um Euch, um Euch einzufangen für ihre Sonderzwecke mit dem Hintergedanken, Eure Einheit zu stören. Unsere Gewerkschaften,

### die größte Volksbewegung unserer Tage,

solten keine einheitliche politische Vertretung haben, das ist ihr Ziel, damit sie auch weiterhin auf Eure Kosten sich gute Tage machen können.

### Kollegen und Kolleginnen, seid wachsam. Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Auch Ihr müßt am 4. Mai Euren Stimmzettel in die Urne legen. Sorgt dafür, daß die einzige Partei, die es mit der Vertretung Eurer gewerkschaftlichen Interessen ernst meint, zum Siege kommt.

**Jeder überzeugte Gewerkschafter wählt am 4. Mai nur die Sozialdemokratie!**

## Der Verband Deutscher Buchbinder- besitzer auf dem Kriegspfade.

Wie wir bereits in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ mitteilen konnten, hat der VDB den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 11. April abgelehnt, und wir haben das gleiche getan. Unter dem 17. April fand ein nun von dem VDB ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Wir sind zu weiteren zentralen Verhandlungen bereit, ablehnen örtliche Verhandlungen. Erwarten Vertreter Sonnabend 11 Uhr in Leipzig. Dr. Zimmermann.“

Was der VDB-Syndikus sich bei Abfassung dieses Telegramms wohl gedacht haben mag? Ihm war bekannt, daß wir den Schiedspruch abgelehnt haben, weil für uns der vorgelegte Spigenlohn von 56 Pf. zu niedrig festgesetzt war, der VDB hatte den Spruch abgelehnt, weil die 56 Pf. mit der damit verbundenen Inflationsgefahr ihm zu hoch erschienen. Sollte sich nun der Verbandsyndikus wirklich des Glaubens hingegen haben, die Tarifvertreter unseres Verbandes würden bei den Verhandlungen noch unter die 56 Pf. heruntergehen? Möglich könnte das schon gewesen sein, denn so ein mit dem Doktorhut ausgezeichnete Mann hält in der Regel andere Sierblische für weniger klug als sich selbst. Oder sollte mit der Einladung das alte bekannte Spiel wieder gespielt werden? Wollte man damit bezwecken, wieder sagen zu können: Wir sind zu zentralen Verhandlungen bereit, aber die Gewerkschaft lehnt solche ab; wenn euch, ihr Arbeiter, euer Lohn nicht rechtzeitig zuteil wird, so bedankt euch dafür bei eurer Gewerkschaft? Wollte man damit weiter erreichen, wenn an den einzelnen Orten Forderungen auf Regelung der Lohnfragen erhoben werden, sagen zu können: zentrale Verhandlungen sind bereits eingeleitet, wir können uns deshalb auf örtliche Verhandlungen nicht einlassen? Da schon zu wiederholten Malen vom VDB so operiert wurde, so wird es auch diesmal so sein.

Wir haben uns deshalb veranlaßt gesehen, dem VDB wie folgt zu antworten:

Wir beschäftigen das heute mit Ihnen geführte Telefongespräch, durch welches wir Ihnen gegenüber zum Ausdruck brachten, daß wir momentan eine zentrale Verhandlung über den schwebenden Lohnstreit nicht für erfolgversprechend ansehen können.

Der VDB hat den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt, wohl deshalb, weil ihm der festgesetzte Spigenlohn von 56 Pf. nicht tragbar erschien. Wir haben den Schiedspruch abgelehnt, weil uns der Satz von 56 Pf. nicht als ausreichend erscheint im Hinblick auf die gesteigerten Lebenshaltungskosten und die in verwandten Gewerben festgelegten Lohnsätze. Da zweifellos bei den in den nächsten Tagen stattfindenden zentralen Verhandlungen der VDB seinen ablehnenden Standpunkt beibehalten würde, wir von unserem Verlangen aber nicht abzutreten vermögen, sehen wir keine Möglichkeit, im gegebenen Augenblick zu einer zentralen Einigung über die Lohnsätze zu kommen.

Sodern der VDB aber seine Geneigtheit uns gegenüber zum Ausdruck bringt, daß er bereit ist, als Spigenlohn mindestens 58 Pf. zu konzedieren, gleich wie der „Apt“ es getan hat, dürften zentrale Verhandlungen von Erfolg sein, die gegebenenfalls am Freitag, den 25. April, stattfinden können.“

Ob es nun zu zentralen Verhandlungen unter dem im Schlußsatz unseres Schreibens gegebenen Voraussetzungen kommen wird, steht beim Abschluß dieser Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ noch nicht fest.

Nachdem der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums von beiden Seiten abgelehnt war, hatten unsere Ortsverwaltungen in den in Frage kommenden Städten Forderungen an die örtlichen Arbeitgeberorganisationen eingereicht.

In Stuttgart ist es nun deshalb schon in einer Reihe von VDB-Betrieben zur Kündigung des gesamten Personals gekommen, und zwar von Seiten der Arbeitgeber, ohne daß es vorher zu irgendwelchen Verhandlungen darüber gekommen ist. Am Gründonnerstag wurde den betreffenden Arbeitern und Arbeiterinnen folgender Kündigungszettel ausgehändigt:

„Wir kündigen Ihnen hiermit Ihre Stellung zum Austritt auf den 25. April d. J.“

Da der Syndikus des VDB vor einigen Tagen anlässlich der bei der Firma Heinrich Koch ausgebrochenen Differenzen in Stuttgart weilte, dürfte wohl diese Anordnung auf seine Weisung erfolgt sein. Denn dieser Unternehmersyndikus ist ja bekanntlich nach seinem eigenen Auspruch, den er einem unserer Unterhändler gegenüber tat, ein „Todfeind der Gewerkschaften“. Da nun ab 25. April unsere Kollegen und Kolleginnen in den VDB-Betrieben ausgesperrt werden, ist dieser Lohnstreit in ein neues Stadium getreten. Wenn die Schärpmacher im VDB glauben, ihre Arbeiterkraft durch solche brutalen Maßnahmen willfährig machen zu können, so dürften sie sich auf dem Holzwege befinden. Denn eine „Todfeindschaft“ muß naturgemäß die andere „Todfeindschaft“ auslösen. Wollen die VDB-Herren den Kampf auf einer solchen Basis, gut, so sollen sie ihn haben.

Den Differenzen bei der Firma Heinrich Koch in Stuttgart liegt folgendes zugrunde: Die Arbeiterinnen der Firma hatten in vorheriger Woche eine Erhöhung der Löhne gefordert. Der Betriebsleiter, Herr Geiß, beschied sie dahin, daß am 11. April ein Schiedspruch in Berlin gefällt werde, der der Firma spätestens am Sonnabend, den 12. April, früh bekannt sei, so daß noch rechtzeitige Auszahlung eines höheren Lohnes sich ermöglichen ließe. Da nun am Sonnabend um 12 Uhr Arbeitsschluss ist, fragten um 11 Uhr die Arbeiterinnen, wie es mit ihrer Lohnzulage stehe, worauf ihnen zur Antwort wurde, eine Zulage könne nicht zur Auszahlung kommen. Daraufhin ließen die Arbeiterinnen die Arbeit ruhen. Als sie der Aufforderung, die Arbeit fortzusetzen, nicht nachkamen, mußten sie den Betrieb verlassen. Als am Montag darauf der übrige Teil der Belegschaft die Arbeit aufnehmen wollte, wurde er ausgesperrt. Bei den am gleichen Montag in Gegenwart des Syndikus Dr. Zimmermann stattgefundenen Verhandlungen machte die Firma die Aufhebung der Aussperrung davon abhängig, daß die Arbeiterinnen bedingungslos in den Betrieb zurückkehren sollen. Dies wurde selbstverständlich abgelehnt.

## Entscheidungen zu unseren Reichstarif- verträgen.

### Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten.

Der am 14. April im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch mit 55 Pf. Spigenlohn ist von uns abgelehnt worden. Die Unternehmer haben dem Schiedspruch ihre Zustimmung gegeben und beraten nun darüber, ob sie dessen Verbindlichkeit beantragen wollen oder nicht.

Den **Poststellen** und **Bauern** haben wir den Schiedspruch mit den sich daraus für uns ergebenden unannehmbaren Löhnen durch Rundschreiben bekanntgegeben. Die infolge der Ablehnung des Spruches notwendigen Anweisungen sind den einzelnen Orten zugegangen.

### An alle Arbeiter und Angestellten!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet den Appell an alle Landeszentralen der Gewerkschaften, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen Ihren Forderungen voran muß die internationale organisierte Arbeiterklasse den **Kampf für den Frieden** stellen. Gegen Krieg und Militarismus muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten.

Der **Friedensgedanke** der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die, gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unlöslich mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten heißt für die proletarische Befreiung arbeiten! Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Ruinen des Krieges nur erheben durch den Frieden — durch einen Frieden,

der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch den Krieg verursachten Katastrophen neue hinzuzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten Völkerverheerenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Laut und allen vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundsätze erheben. Sie muß die tatsächliche Organisation des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unenträglichem Lasten zu befreien, sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einen immer weiteren Ausbau der **Rechte der Arbeit** besteht. Die internationale Arbeitsgesetzgebung darf nicht totor Buchstabe bleiben; die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

An den sozialen Errungenschaften des Achtstundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden. Die Eroberung des **Mitbestimmungsrechtes** der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einsprüche und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorzehrten, sondern der **Gesamtheit** zufließen.

Mit dem Triumph dieser Forderungen wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Verwirklichung ihrer historischen Mission:

die Befreiung der Arbeit durch Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben! Überall, in allen Ländern muß der Aufbruch des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterkraft Gehör finden! Die Massenunbeugung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Gewissens, seines Willens zum Sieg!

Für ein besseres Dasein!  
Für die soziale Gerechtigkeit!  
Für die Freiheit!  
Für den Weltfrieden!

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:  
E. Douhaug (Frankreich). Th. Leipart (Deutschland).  
Corn. Mertens (Belgien). Vize-Präsidenten.  
J. Dubegeest. Joh. Sassenbach. J. W. Brown.  
Sekretäre.

Jahrzehntelang haben wir für die Erringung des **Achtstundentages** demonstriert, bis die November-Umwälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre lang haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der **Inflation** die gewerkschaftlichen Forderungen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den **gesetzlichen Schutz des Achtstundentags** zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal **Nachhieser** der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. Von der Haltung der Arbeiterbewegung, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab, ob der **Achtstundentag** wiederhergestellt und gesichert werden kann, oder ob er als eine Episode, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird.





Stabilisierung der Preise, d. h. deren Beständigkeit, anzustreben, was die kommenden Krisen am meisten verhüten kann. Und diese Bestrebung muß der fort-dauernden Verrbilligung Schranken setzen.

**Der Rückgang der Produktion.**

Die Produktionsverbilligung bedeutet, daß die auf die Einheit einer Ware entfallenden Produktionskosten geringer werden. Das ist unter Umständen auch ohne Steigerung der Produktion zu erreichen, und in der Tat erfolgte während der Weltwirtschaftskrise die Verrbilligung der Produktion durch Lohnherabsetzungen und andere Methoden mit gleichzeitiger Einschränkung der Produktion. Die Krise wurde durch eine „Hungerkur“ faniert, die maßloses Elend auf der einen Seite, große Profite (denn die Profite waren bei dieser „Verrbilligung“ zumeist gleich hoch geblieben) auf der anderen zur Folge hatte. Demgegenüber steht die andere Methode der Produktionsverbilligung durch Mehrproduktion und der dadurch bewirkten Senkung der auf die Einheit der Ware entfallenden Produktionskosten ohne Zweifel höher. Deshalb klingt auch das Argument, daß die Produktion in einem Industriezweig zurückgegangen oder aber die Leistung der Arbeiter gesunken sei, besonders ernst. Die Unternehmer machen von dieser Feststellung einen ausgiebigen Gebrauch, um dadurch für eine Arbeitszeitverlängerung Propaganda zu machen. Oft werden die beiden Tatsachen: Rückgang der Gesamtproduktion und Rückgang der Kopfquote absichtlich (zur Irreführung) vermengt. So zeigt in bezug auf die österreichische Alpine Montangesellschaft ein schöner Aufsatz von Johann Schorsch in der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“, daß dort zwar die Kopfquote der Arbeitsleistung aus leicht erklärlichen Gründen zurückging, trotzdem aber, infolge der Einführung des Dreischichtensystems und aus anderen Gründen, die Gesamtleistung der Betriebe gestiegen ist. Die Unternehmerpropaganda verfaßt es absichtlich, diese Tatsache aufzuzeigen und auseinanderzuhalten. Es liegt aber auf der Hand, daß bei einer achtstündigen Arbeitszeit auf den einzelnen Arbeiter weniger Arbeitsprodukt entfällt, als bei einer zwölfstündigen, und trotzdem die nunmehr in drei Schichten schaffende und dementsprechend an Zahl vermehrte Arbeiterkraft mehr erzeugen und den Lohnüberschuß herausarbeiten kann. (Schluß folgt.)

**Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskonjunktur.**

X. Die wissenschaftliche Konjunkturforschung wird in den Vereinigten Staaten in großem Maßstab und mit sehr beträchtlichen materiellen Mitteln betrieben. Das Nationalamt für Wirtschaftsforschung hat erst vor kurzem eine umfangreiche Arbeit unter dem Titel „Konjunktur und Arbeitslosigkeit“ herausgegeben. In dieser Arbeit wurde unter anderem festgestellt, daß sich während der Krisenzeit die Produktion und die Preisentwicklung nicht decken. In den meisten Industrien wurde der Höchststand der Produktion vor dem Höchststand der Preise erreicht; auch setzte die Erholung der Produktion früher ein als die der Preise. Die Arbeitslosigkeit trat um so mehr in Erscheinung, je weiter eine Industrie vom endgültigen Verbraucher entfernt ist. Der Detailhandel hat während der Krise den größten Teil seines Personal noch beschäftigt können, die Fertigproduktindustrien kamen an zweiter Stelle, während die für andere Gewerbe-zweige arbeitenden Industrien, wie Bergbau, Transport und Maschinenbau, die größte Arbeitslosigkeit aufwiesen. Dies war bereits aus der englischen gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik zu ersehen, und wer unsere deutsche Statistik genau verfolgt, hat die gleiche Erfahrung gemacht. Die Konjunkturforschung, die sich auf eine sehr große Anzahl von Betrieben erstreckte, ergab unter anderem eine sehr wichtige Feststellung: daß nämlich die Beschäftigung in den kleinen Betrieben viel regelmäßiger ist als bei den großen und die Unregelmäßigkeit der Beschäftigung mit der Größe des Betriebes wächst. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß die Großunternehmungen infolge ihrer Organisation und Finanzkraft sich zur Einschränkung oder auch Ausdehnung der Produktion rasch entschließen können, während der im Konkurrenzkampf stehende Kleinbetrieb in diesen Bewegungen viel mehr gehemmt ist. Er wird die Produktion erst nach Erschöpfung seiner Geldmittel und Kreditmöglichkeit einschränken, kann aber die eingeschränkte Produktion nicht zu beliebiger Zeit wieder

ausdehnen. Auch das ist eine Feststellung, die uns nicht neu ist, da unsere Arbeitslosenstatistik schon von Anfang an eine größere Stabilität der Beschäftigung in Klein- und Mittelbetrieben gegenüber den Großbetrieben nachgewiesen hat.

**Das Programm der englischen Gewerkschaften.**

Der Programmtext, welcher dem nächsten englischen Gewerkschaftkongress (Trade Union Congress) vorgelegt werden soll, umfaßt 12 Forderungen zur Veränderung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Diese sind: 1. Sozialisierung des Bodens. 2. Sozialisierung der Eisenbahnen. 3. Sozialisierung der Bergwerke und Metallgruben. 4. Arbeitszeitregelung, gesetzliche Höchstarbeitszeit von 44 Stunden pro Woche. 5. Gesetzliche Minimallohne für jede Industrie und jeden Beruf. 6. Altersrente für jeden vom 60. Lebensjahr ab. 7. Renten für Mütter mit unmündigen Kindern. 8. Entsprechende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit mit ausreichender Versorgung der Arbeitslosen. 9. Einrichtung von Gewerbeschulen für arbeitslose Jungen und Mädchen; während der Zeit der Depression Unterricht auch für Erwachsene. 10. Vorzüge für gute Wohnungsverhältnisse. 11. Vom Staat zu stiftende Erleichterungen für die Studien von der Volksschule bis zur Universität. 12. Ausdehnung der staatlichen und Gemeindefeststellungen zur weiteren Entwicklung der sozialen Fürsorge.

Die organisatorischen Forderungen der Gewerkschaften zur Förderung der Zusammenarbeit der Organisationen wurden außerhalb dieses Programms entwickelt.

**Die Stoßtruppe der Unternehmer.**

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß organisierte Arbeiter mehr und sauberer arbeiten als solche, die in der Arbeit nur einen Zeitvertreib haben. Der Grund dafür ist, daß eben der organisierte Arbeiter mehr auf der Hut sein muß, entlassen zu werden, als derjenige, der nicht organisiert ist. Es gibt nämlich zwei verschiedene Arbeiter. Der eine ist der überzeugte Arbeiter, welcher weiß, daß ihm kein roter Feller geschenkt wird und wenn gleich seine Knochen bleichen und der andere ist der, welcher wohl arbeitet und auch arbeiten muß, aber es als eine Gefälligkeit seitens der Unternehmer betrachtet, wenn es ihm vergönnt ist, bei einem Herrn zu dienen. Uebergänglich ist er; vielleicht ist es ihm einmal gar nicht verständlich, daß er für diese Dienerei noch ein Trinkgeld in Gestalt von Lohn bekommt. Er ist sogar noch ärgerlich, daß nicht alle seine Mitarbeiter, die von seinem Herrn herausgegebene Zeitung lesen und von dem Trinkgeld wieder einen Teil seinem Herrn

und Gebieter wiedergeben. Er ist auch zufrieden, wenn dieses sein Geld in die Kasse der Großkapitalisten geht und sie ihm dafür den Achtstundentag nehmen und ihm überhaupt alle seine Rechte beschneiden. Er ist ärgerlich, daß er auch schon einmal im Verbände war. Als er gestern eingetreten war und heute nicht gleich 50 Proz. Lohnhöhung hatte, trat er wieder aus. Er weiß aber nicht, daß er damit seinem Chef den größten Gefallen getan hat und daß es vielleicht gerade sein Chef bei den Tarifverhandlungen gewesen ist, der gesagt hat: „Eine Lohnaufbesserung kann nicht stattfinden, sonst geben wir zugrunde und können nicht nach St. Moritz oder nach dem Orient fahren.“

Aber diese Sorte von Arbeitern kann nicht so gefährlich werden, da sie nur ihrer Redseligkeit wegen, aber nicht ihrer Arbeitslosigkeit wegen im Betriebe geduldet werden. Vielmehr hat man es mit einer anderen Sparte zu tun, nämlich mit den modern gewordenen Stahlarbeitern bzw. Königin-Quecksilberarbeiterinnen. Diese Leute, welche eigens zu dem Zweck eingestellt worden sind, im Betriebe den Hockposten zu spielen, sind auch organisiert, d. h. im reaktionären Lager. Das sind die Stoßtrupps der Unternehmer, welche bei gegebenen Gelegenheiten den Organisierten in den Rücken fallen. Man behauptet sogar, daß diese Leute, welche 8 Tage im Betriebe sind, mehr verdienen haben als solche, welche schon jahrelang im Betriebe sind. Man kann daran erkennen, daß den Unternehmern nicht an guten Arbeitskräften gelegen ist, sondern daß sie Leute haben wollen, welche sie für ihre Zwecke gebrauchen können. An unsere Mitglieder ergeht nun der Appell, laßt euch nicht von diesen Anführerinnen beeinflussen, schenkt ihren unlauteren Redereien keinen Glauben. Mit den Beiträgen, die ihr diesem Bunde zahlt, trüffelt sie euch bei Gelegenheit nieder, zahlt ihnen am 4. Mai euren Beitrag, indem ihr ihnen keine Stimme gebt. Gebt eure Stimme der Sozialdemokratie, das ist die Partei, welche für eure Rechte kämpft. G. Cottbus.

**Bekanntmachung**

der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Die in der Ausschußsitzung vom 3. April 1924 beschlossene Satzungsänderung ist vom Oberversicherungsamt genehmigt und tritt mit dem 28. April 1924 in Kraft.

Hierauf wird bei Erkrankungsfällen, welche länger als vier Wochen dauern, das Krankengeld vom ersten Tag der Erkrankung gezahlt und die Beiträge von 7 1/2 Proz. auf 6 Proz. herabgesetzt.

Der Vorstand.

R. Gottsmann, Vorsitzender.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

1. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr in

| Beitragsort          | I   |     | II  |     | III |     | IV  |     | V   |     | VI  |     |
|----------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
|                      | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. |
| Berlin . . . . .     | —   | —   | 5   | 10  | 10  | 15  | 15* | —   | —   | —   | —   | —   |
| Cleve . . . . .      | —   | —   | 5   | 5   | 5   | 10  | 15  | —   | —   | —   | —   | —   |
| Greiz . . . . .      | —   | —   | 5   | —   | 10  | 10  | 10  | —   | —   | —   | —   | —   |
| Königsberg . . . . . | —   | —   | 5   | 10  | 10  | 10  | 10  | —   | —   | —   | —   | —   |
| Nerchau . . . . .    | —   | —   | 5   | 5   | 10  | 10  | 15  | 15* | —   | —   | —   | —   |
| Rostock . . . . .    | —   | —   | 5   | 5   | 5   | 10  | 10  | 10  | —   | —   | —   | —   |
| Sorau . . . . .      | —   | —   | 5   | 5   | 5   | 5   | 5   | 5   | —   | —   | —   | —   |

\* Einschließlich Beitrag für die „Buchbinder-Zeitung“.  
2. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe der Woche an alle Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Wir bitten um pünktliche Rücksendung der Karten bis zum 3. Mai.

Gleichzeitig senden wir den mit der Ausfüllung der statistischen Karten beauftragten Kollegen in Auftrage der Reichsarbeitsverwaltung eine Anweisung zur Ausfüllung der statistischen Nachweisungen. Wir bitten, dieselbe gewissenhaft zu beachten und sorgfältig aufzuheben.

**Abrechnungen**

vom 1. Quartal gingen bis zum 22. April bei der Verbandskasse ein von: Sorau 70,02 Mk., — Gau Hansa 250,— Mk., Hamburg-Altona 3308,86 Mk., Lübeck

252,— Mk., Rostock 69,21 Mk., — Gau Magdeburg 240,— Mk., Wickersleben 870,41 Mk., Burg bei Magdeburg 87,84 Mk., Magdeburg 1466,70 Mk., Dierowick 66,— Mk., — Kassel 277,— Mk., — Wesel 52,— Mk., — Gau Rheinland I. d. Rh. — Mk., Bonn 120,— Mk., Düren 132,85 Mk., Köln 712,15 Mk., M. Gladbach 49,98 Mk., Biersen — Mk., Eisenach 102,25 Mk., Eisenberg 1008,62 Mk., Gelnhausen 148,82 Mk., Gräfenhain — Mk., Greiz 5,60 Mk., Jümenau 176,— Mk., Rudolstadt 11,90 Mk., Saalfeld 101,— Mk., Weimar 260,— Mk., — Brandis 122,45 Mk., Grimma 1311,10 Mk., Großenhain — Mk., Leipzig 9187,10 Mk., Meissen 13,— Mk., Oberwiesenthal 168,— Mk., Rautzen 1140,— Mk., — Gau Württemberg und Baden 300,— Mk., — Ansbach 20,— Mk., Erlangen 790,— Mk., — Kaufbeuren 102,40 Mk. Die nach dem 31. März eingezahlten Beträge kommen erst im 2. Quartal zur Verrechnung.

**Adressenänderungen.**

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer.  
Cleve. B.: H. Adler, Feldmannsstraße 3. Alle Sendungen an Adler senden.  
Hannau. B.: G. Hargl, Wühlstr. 2, S. I. p.  
K.: W. Schan, Glodengasse 10 III.  
Meißen. B. u. K.: G. Kirßen, Hofengasse 4.  
Oldenburg. B.: A. Frey, Ratarinenstr. 12 bei W. Haffers.  
K.: G. Verhe, Verdenstr. 4 bei Adler.  
Wesel. B.: A. Junke, Viehstr. 10.  
K.: G. Kummer, Benloerstr. 31.

Der Verbandsvorstand.